



Berlin, 23. Februar 2018



Liebe Leserinnen und Leser,

diese Plenarwoche war gespickt mit kontroversen Themen und hitzigen Debatten.

In meiner Rede am Donnerstag forderte ich neue Wege in der Drogenpolitik. Der florierende Schwarzmarkt muss trocken gelegt werden und die gesundheitliche Prävention der Bürger im Zentrum unserer Politik stehen. So fordern es im Übrigen auch die Sachverständigen der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen, namenhafte Strafverteidiger und der Bund Deutscher Kriminalbeamter. Die Gesetzesentwürfe wurden zur weiteren Diskussion an den Gesundheitsausschuss überwiesen.

Meine Rede können Sie sich [hier anschauen](#).

Der Deutsche Bundestag beschäftigte sich zudem mit dem Paragraphen 219a StGB zum Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche. Oftmals ist die Grenze zwischen einem objektiven Informationsangebot und aktiver Werbung eines Arztes für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch schwer zu ziehen. In der anhaltenden öffentlichen Debatte hat die SPD den politischen Handlungsbedarf erkannt und setzt sich für die Streichung des Paragraphen ein. Wir betonen, dass es einer fraktionsübergreifenden Bemühung bedarf. Es kommt auf die individuelle Freiheit der Abgeordneten an, diese Gewissensentscheidung zu treffen. In der Vergangenheit haben wir hiermit gute Erfahrungen gemacht und ich hoffe, dass es auch diesmal so sein wird.

Lesen Sie auf den folgenden Seiten noch mehr zu diesen und weiteren Themen. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende,

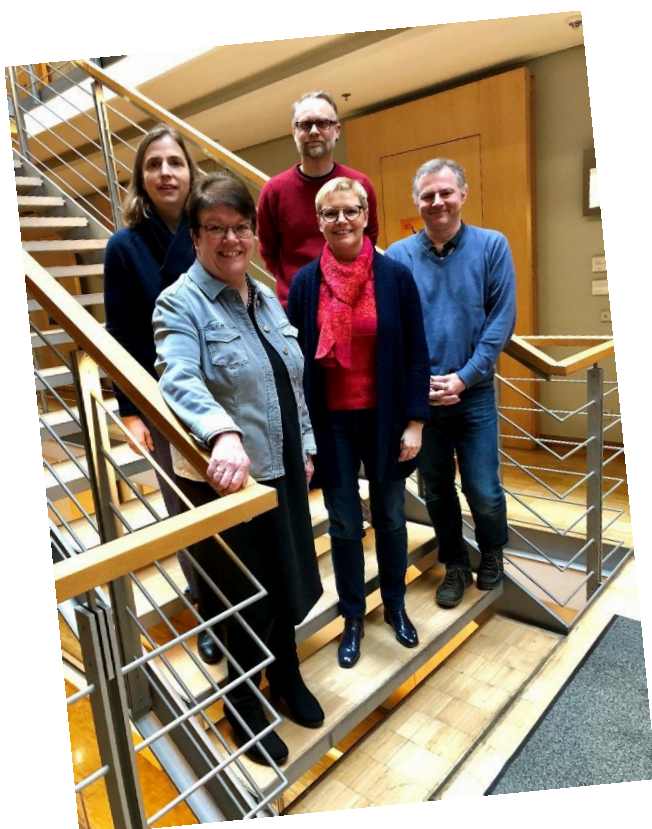
Ihre

## **In dieser Ausgabe:**

EUROPA.....	3
FAMILIEN.....	3
AUSLAND.....	4
WIRTSCHAFT.....	5
FRAKTION.....	5



## Foto der Woche



Aufstellung mit unseren Referenten der Arbeitsgruppe  
Gesundheit

Von oben links nach unten rechts: Beate Wagner-  
Nothelle, Ben Bureau, Annegret Nimbs,  
Sabine Dittmar (Sprecherin), Andreas Kniesche

Als gesundheitspolitische Sprecherin freue ich mich von  
nun an mit den kompetenten Referenten der SPD-  
Bundestagsfraktion zusammenzuarbeiten. Kommende  
Woche zieht mein Büro hierfür in das Jakob-Kaiser-  
Haus.

2

## Statement der Woche

**„Ich freue mich sehr über  
diese Entscheidung der tür-  
kischen Justiz. Und noch  
mehr freue ich mich für  
Deniz Yücel und seine Fami-  
lie. Das ist ein guter Tag für  
uns alle.“**

Sigmar Gabriel zur Freilassung des Journalisten  
Deniz Yücel

## Highlights der nächsten Wochen

Wann	Wo	Was	
Mi. 28.02.	ganz- tägig	Jakob-Kaiser- Haus	Umzug meines Büros in das Jakob-Kaiser- Haus
So, 04.03.	abends		Ergebnisbekanntgabe des SPD-Mitglieder- entscheids zum Koalitionsvertrag



## EUROPA

### Debatte zu EU-Gipfel: Ein Nein zur Ungleichheit, ein Ja zu sozialen Mindeststandards

An diesem Freitag sind die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Brüssel zu einem informellen Treffen zusammengekommen. Im Zentrum stand die künftige Finanzplanung der EU, insbesondere für die Zeit nach 2020.

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Die Europäische Union muss handlungsfähiger, demokratischer und sozialer werden. Nur eine starke EU ist der Garant für eine Zukunft in Frieden, Sicherheit und Wohlstand.

Das machte auch Andrea Nahles, Vorsitzende der SPD-Fraktion, in ihrer Rede am Donnerstag vor dem Parlament deutlich. Das Wirtschaftswachstum in Europa nehme wieder Fahrt auf, doch: „Das Grundvertrauen der Menschen in die Europäische Union ist noch lange nicht wieder hergestellt.“ Darum müsse die Politik auf verschiedenen Ebenen ansetzen. Wichtigster Punkt ist für Nahles dabei der Kampf gegen die Ungleichheit der Lebensverhältnisse. Sie seien in Europa sogar größer als in den USA. Dass Europa in sozialen Fragen wieder näher zusammenkommt, nütze letztlich auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland.

Mit Blick auf die immer noch dramatische Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa mahnte Nahles zu besseren Verfahren innerhalb der EU, um „auf Krisen besser und schneller“ reagieren zu können. Ein europäischer Mindestlohn, ein härterer Kampf gegen Sozial- und Steuerdumping sind für die SPD-Fraktionschefin ebenso Instrumente wie eine klare Verankerung im europäischen Recht, dass jedes Mitgliedsland ein soziales Sicherungssystem besitzen muss. Was auch klar ist: Bezahlen muss das jedes Land selbst.

Ärgerlich ist für Nahles das schleppende Bemühen beim Steuerdumping. Dagegen müsse entschlossener vorgegangen werden. Nahles: „Europa regelt so viel, nur da kommen wir kaum voran“.

Das aber werde sich beschleunigen, sofern es in Deutschland zu einer neuen Regierung aus SPD, CDU und CSU komme. Denn im Koalitionsvertrag stehe Europa nicht nur an erster Stelle, was ein klares Signal an die EU und Frankreich sei, sondern er setze auch inhaltlich neue Akzente und eine neue Richtung in der Europapolitik. Nahles erklärte, was das bedeutet: „Ein entschlossenes Ja zu mehr sozialen Mindeststandards, ein entschlossenes Ja zu mehr Arbeitnehmer-Mitbestimmung, ein entschlossenes Ja zu mehr Investitionen – und ein entschlossenes Ja zur Stärkung der Demokratie.“

## FAMILIEN

### ElterngeldPlus kommt an

Immer mehr Eltern entscheiden sich für das ElterngeldPlus und den Partnerschaftsbonus, um Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Das zeigt ein von der Bundesregierung vorgelegter Bericht, der am Freitag im Bundestag diskutiert worden ist (Drs. 19/400).

Seit Mitte 2015 haben Eltern mit dem von der SPD-Fraktion durchgesetzten ElterngeldPlus mehr Wahlfreiheit: Statt maximal 14 Monate das Basiselterngeld zu beziehen, können sie sich auch für die Plus-Variante entscheiden. Sie arbeiten dabei in Teilzeit weiter und erhalten maximal die Hälfte des normalen Elterngeldes, dafür aber doppelt so lange. Der Vorteil: Eltern können sich um die Kinder kümmern und trotzdem arbeiten. Frauen können besser wieder in den Beruf einsteigen, Männer haben trotz Job mehr Zeit für die Kinderbetreuung.



„Viele Väter wünschen sich mehr Zeit für ihre Familie, viele Mütter wünschen sich mehr Zeit für ihren Beruf. Eine Antwort auf diese Wünsche ist das ElterngeldPlus“, betonte Bundesfamilienministerin Katarina Barley im Bundestag. Es unterstütze die Familien dabei, die Kinderbetreuung partnerschaftlich aufzuteilen. Gleichzeitig beachte es die vielfältigen Familien- und Erwerbsmodelle. „Und wir stärken die wirtschaftliche Stabilität der Familien. Denn Erwerbstätigkeit ist die beste Versicherung gegen Familienarmut“, so Barley.

## Immer mehr Eltern wählen ElterngeldPlus

Der jetzt vorgelegte Bericht zeigt, dass das ElterngeldPlus sehr gut angenommen wird. So stieg vom dritten Quartal 2015 bis zum dritten Quartal 2017 der Anteil der Eltern, die die Leistung beantragt haben, von 13,8 auf 28 Prozent aller Elterngeldbezieher. Katarina Barley: „Insbesondere Väter sagen, dass sie durch das Elterngeld Plus ermutigt werden, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen“.

Rund 27 Prozent der Väter, die ElterngeldPlus beantragten, entschieden sich zugleich für den Partnerschaftsbonus. Diesen Bonus erhalten Eltern, die sich für eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Arbeitszeit entscheiden. Wenn sie beide gleichzeitig zwischen 25 und 30 Wochenstunden arbeiten, erhalten sie vier zusätzliche ElterngeldPlus-Monate.

## SPD-Fraktion will weitere Verbesserungen für Familien

Aufgabe der Politik sei es, Eltern Erleichterungen zu verschaffen, damit sie Beruf und Familie partnerschaftlich miteinander vereinbaren können, sagte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Katja Mast. Der Bericht mache deutlich: „ElterngeldPlus und der Partnerschaftsbonus sind dafür die richtigen Instrumente.“

Mast betonte, dass im Koalitionsvertrag weitere Verbesserungen für Familien vereinbart seien: zum Beispiel die Erhöhung des Kindergeldes, die

Abschaffung des Soli oder ein Recht auf Ganztags-Grundschulbetreuung. Darüber hinaus kämpfte die SPD-Fraktion für die Einführung einer Familienarbeitszeit. „Wir wollen Partnerschaftlichkeit, mehr Zeit für die Familie und gutes Aufwachsen der Kinder gewährleisten.“

## AUSLAND

### „Staatsterror in Syrien muss enden“

Die Lage in Syrien spitzt sich immer weiter zu. In der umkämpften Region Ost-Ghuta droht eine humanitäre Katastrophe. Gleichzeitig eskaliert im Norden des Landes der Konflikt mit der Türkei. Der Bundestag hat am Donnerstag über die aktuellen Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten diskutiert.

400.000 Zivilisten sind derzeit in der von Rebellen kontrollierten syrischen Region Ost-Ghuta nahe der syrischen Hauptstadt Damaskus eingeschlossen. Seit mehreren Tagen bombardiert die syrische Regierung das Gebiet und damit vor allem die eigene Bevölkerung. Es sei eine humanitäre Katastrophe, sagte der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Niels Annen, in der Bundestagsdebatte. „Dieser Staatsterror muss enden.“ Die internationale Gemeinschaft müsse mit ihrer Reaktion dafür sorgen, dass das Kalkül von Diktator Assad nicht aufgehe. Er sieht hier vor allem Russland und Iran in der Pflicht: „Alle, die diese menschenverachtende Politik von Assad unterstützen, tragen eine Verantwortung.“

### Unvorstellbare Not

Vor einer weiteren Eskalation steht zudem der Nordwesten Syriens. Hier rückt die Türkei immer weiter vor und kämpft gegen die Kurdenmiliz YPG, die sich mit der syrischen Regierung zusammengeschlossen hat. Es droht damit erstmals ein offener Konflikt zwischen der Türkei und den Truppen der syrischen Regierung. Die kurdische YPG ist zudem ein wichtiger Verbündeter der USA im Kampf gegen die Terrormiliz IS. Das heißt: Das Nato-Mitglied Türkei kämpft in einem Nachbarland gegen Truppen, die von



einem anderen Nato-Mitglied, den USA, unterstützt werden. Niels Annen hält das Vorgehen der Türkei für nicht gerechtfertigt und nicht vom Völkerrecht gedeckt. Und er sieht vor allem die Nato in der Pflicht, auf eine Lösung des Konflikts zu drängen. „Wir brauchen jetzt eine politische Initiative innerhalb des Bündnisses.“

Gabriela Heinrich, die für die SPD-Fraktion im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sitzt, sagte: „Die Not in der gesamten Region ist unvorstellbar“. Die Weltgemeinschaft müsse Unsummen aufbringen, um die notleidenden Menschen in Syrien, im Irak, dem Jemen oder in Jordanien zu versorgen. Wenn die Türkei jetzt die Stadt Afrin im Norden Syriens belagern wolle, nehme sie Hunger, Not und Krankheit von tausenden Menschen in Kauf. Ebenso wie die syrische Regierung mit ihrer Bombardierung von Ost-Ghuta. Für Gabriela Heinrich ist klar: „Die Bombardierung der Zivilbevölkerung muss aufhören, die Belagerung von Städten muss aufhören, die humanitäre Hilfe muss durchkommen.“

## WIRTSCHAFT

### Deutsche Wirtschaft fördern

Der Bundestag hat am Donnerstag einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Nutzung der Mittel aus dem ERP-Sondervermögen für das Jahr 2018 in 2./3. Lesung beschlossen (Drs. 19/164).

Das ERP-Sondervermögen ist ein vom Bund verwaltetes Vermögen, das aus den Rückzahlungen entstanden ist, die für die Finanzhilfen des Marshallplans zu leisten waren. Der mit diesem Sondervermögen jährlich erwirtschaftete Ertrag wird hauptsächlich für die Wirtschaftsförderung verwendet. Im Fokus der Förderung stehen kleine und mittlere Unternehmen, die in ihrer Finanzierungssituation oftmals gegenüber Großunternehmen strukturell benachteiligt sind.

Jährlich regelt der Bundestag mit einem Gesetz, wie die Mittel im nächsten Jahr einzusetzen sind. Nach dem vorliegenden Wirtschaftsplan sollen 2018 rund 790 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Damit erhalten insbesondere mittelständische Unternehmen und freie Berufe zinsgünstige Finanzierungen aus ERP-Programmen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit einem Volumen von 6,75 Milliarden Euro.

Neu ist in diesem Jahr, dass aus dem ERP-Sondervermögen künftig das Engagement der KfW finanziert wird, jungen Unternehmen mehr Wagniskapital zur Verfügung zu stellen. Hierzu wird die KfW eine Tochtergesellschaft gründen, in der das Beteiligungsgeschäft künftig stattfindet. Das Investitionsvolumen der KfW wird sich dank der ERP-Förderung bis 2020 auf 200 Millionen Euro jährlich verdoppeln. Das ermöglicht es erfolgreichen Start-ups, zu wachsen, Arbeitsplätze zu sichern und besser am Markt Fuß zu fassen.

## FRAKTION

### Sprecherinnen und Sprecher der Arbeitsgruppen sowie Ausschussvorsitze gewählt

Die SPD-Fraktion hat die Sprecherinnen und Sprecher für 23 Ausschussarbeitsgruppen (Obleute) gewählt. Zudem hat die SPD-Fraktion fünf Vorsitze in Bundestagsausschüssen übernommen.

#### Die Sprecherinnen und Sprecher der Arbeitsgruppen:

*Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung:*

Mattias Bartke

*Petitionen:*

Stefan Schwartze



# BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



*Außenpolitik:*

Niels Annen

*Inneres:*

Burkhard Lischka

*Sport:*

Detlev Pilger

*Recht und Verbraucherschutz:*

Johannes Fechner

*Finanzen:*

Lothar Binding

*Haushalt:*

Johannes Kahrs

*Wirtschaft und Energie:*

Bernd Westphal

*Ernährung und Landwirtschaft:*

Rainer Spiering

*Arbeit und Soziales:*

Kerstin Tack

*Sicherheits- und Verteidigungspolitik:*

Fritz Felgentreu

*Familie, Senioren, Frauen und Jugend:*

Sönke Rix

*Gesundheit:*

Sabine Dittmar

*Verkehr und digitale Infrastruktur:*

Kirsten Lühmann

*Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:*

Carsten Träger

*Menschenrechte und humanitäre Hilfe:*

Frank Schwabe

*Bildung und Forschung:*

Oliver Kaczmarek

*Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:*

Gabi Weber

*Tourismus:*

Gabriele Hiller-Ohm

*Angelegenheiten der Europäischen Union:*

Christian Petry

*Kultur und Medien:*

Michelle Müntefering

*Digitale Agenda:*

Jens Zimmermann

**Die Ausschussvorsitze:**

*Sportausschuss:*

Dagmar Freitag

*Ausschuss für Arbeit und Soziales:*

Kerstin Griese

*Verteidigungsausschuss:*

Wolfgang Hellmich

*Ausschuss für Bildung und Forschung:*

Ernst Dieter Rossmann

*Ausschuss für Kultur und Medien:*

Katrin Budde